

Jugendgewalt im gesellschaftlichen Kontext: Worüber reden wir eigentlich?

Lutz, Tilman

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lutz, T. (2008). Jugendgewalt im gesellschaftlichen Kontext: Worüber reden wir eigentlich? *Sozialpsychiatrische Informationen*, 3, 30-34. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64088-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Jugendgewalt im gesellschaftlichen Kontext. Worüber reden wir eigentlich?

Waren viele Pädagogen und Jugendpolitiker früher einmal davon ausgegangen, dass die Jugendphase der passagere und lustvolle Durchgang zu neuen Ufern wäre, so sieht es jetzt aus, als wollten wir Jugend als eine Krankheit betrachten und befürchten, die es zu therapieren gilt“ (Müller 2004: 65).

Dieser – mittlerweile 4 Jahre alte – Satz von C.W. Müller beschreibt eine Veränderung der Thematisierung der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn heute von Jugend gesprochen wird, werden meist Risiken und Defizite thematisiert: Kriminalität, Gewaltbereitschaft, psychische Störungen oder Orientierungslosigkeit, Werteverfall oder das verheerende Bildungsniveau. Ich spreche hier bewusst von der Thematisierung der Jugend im Allgemeinen, da Jugendgewalt immer im Kontext des Jugendbildes und im Kontext des Umgangs mit jugendtypischen Provokationen und Konflikten zu sehen ist.

Seit Mitte der 1990er ist verstärkt zu beobachten, dass Medien, Politiker und – das ist das wirklich Neue – zunehmend auch Jugendpolitiker und Fachleute die Jugend immer stärker als Problem definieren: aus der gefährdeten Jugend wird die gefährliche Jugend. Dies führt nicht nur zu einer veränderten Wahrnehmung von Jugendlichen im Allgemeinen sowie der Jugendgewalt im Besonderen, sondern auch zu neuen Umgangsweisen mit Jugendgewalt. Diese Umgangsweisen beinhalten ihrerseits gewaltsame Elemente, wenn man etwa an die auf Disziplin und Strafe ausgerichteten Trainingscamps, geschlossene Einrichtungen oder Anti-Aggressivitätstrainings und Verfahren der konfrontativen Pädagogik denkt, in denen strukturell wie in der direkten Interaktion nicht gerade zimperlich mit den Jugendlichen umgegangen wird.

Dabei lassen sich für die These von der drastischen Zunahme der Jugendgewalt und anderen Problemen keine fundierten Daten finden. Die Fokussierung auf die Gefährlichkeit der Jugend steht vielmehr im Kontext einer wesentlich breiteren gesellschaftlichen und politischen Entwicklung: Mit der fortschreitenden Individualisierung und dem Umbau des Wohlfahrtsstaates zum aktivierenden Sozialstaat nehmen die sozia-

len, materiellen und biografischen Unsicherheiten in der Gesellschaft zu. Die diffusen Risiken und Unsicherheitsgefühle landen auf geeigneten Projektionsflächen – eine davon ist die Jugend(-gewalt).

Um diese Thesen zu illustrieren, stelle ich zunächst die Kontinuitäten und Veränderungen der Diskurse über die Jugend und Jugendgewalt dar, um anschließend die unterschiedlichen Statistiken und Daten, auf die sich diese Thematisierungen beziehen, kritisch zu beleuchten. Abschließend versuche ich, diese beiden Komplexe in die eben umrissenen gesellschaftlichen und (sozial-)politischen Entwicklungen einzuordnen und zusammenzuführen.

Das Jugendbild von heute

Exemplarisch für die medialen und politischen Debatten über den drastischen Anstieg der Jugendgewalt steht beispielsweise die massive öffentliche und politische Debatte zu Beginn dieses Jahres: Als Reaktion auf den Angriff von zwei Jugendlichen auf einen 76-jährigen Pensionär in der Münchner U-Bahn am 20. Dezember 2007, bei dem das Opfer schwer verletzt wurde, wurden medial und politisch die Forderungen nach dem Ende des Kuschelkurses und einer härteren Gangart im Umgang mit gewalttätigen, kriminellen Jugendlichen laut. So forderte die CDU in ihrer Wiesbadener Erklärung vom 05. Januar 2008 mit Blick auf diesen Vorfall u.a. spürbarere Sanktionen, die Ausweitung von Erziehungscamps, „in denen jugendliche Täter mit strengen Regeln, Sport, Disziplin, Arbeit und Verhaltenstraining wieder einen Weg in die Gesellschaft finden“, sowie die Verschärfung des Jugendstrafrechts. Auch Bundesjustizministern Zypries von der SPD sprach sich für die Einrichtung weiterer Erziehungscamps für straffällige Jugendliche aus.

Das Hoch“kochen“ dieser Diskussion hing natürlich eng mit dem Wahlkampf in Hessen (aber auch in Niedersachsen und Hamburg) zusammen. Angesichts des außerordentlich großen öffentlichen Interesses reicht dies jedoch als alleinige Erklärung nicht aus. Vielmehr steht die Debatte beispielhaft für den Diskurs über Jugendgewalt und deren ‚neue Dimension‘, der seit den 1990ern nicht nur anlässlich von Wahlkämpfen – etwa dem in Hamburg 2001, in dem die Schill-Partei mit diesem Thema punkten konnte – geführt wird. „Kriminalität in Deutschland steigt. Polizei vor der Kapitulation“ schrieb die BILD Ende der 1990er, der SPIEGEL berichtete vom „Krieg der Kinder“, von „kleine(n) Monster(n), die die Statistik verderben“. Die Botschaft, „Junge

Männer, die gefährlichste Spezies der Welt“ zierte Anfang dieses Jahres die Titelseite des Magazins.

Diese seit den 1990ern allgegenwärtigen Medienkampagnen zum drastischen Anstieg der Jugendgewalt und -kriminalität und die prompten, stets mit der Forderung nach mehr Härte verbundenen, politischen Reaktionen erwecken häufig den Eindruck, als wäre *die* Jugend heute eines der zentralen Problem der Inneren Sicherheit in Deutschland.

Die Diskurse im Wandel der Zeit – Kontinuitäten und Veränderungen

Nun ist die Thematisierung Jugend als böse, gefährlich und gewalttätig so alt wie die Jugendphase selbst und greift auf historisch-kulturell und gesellschaftlich fest verankerte Vorstellungen zurück. Schon in der Antike wurde beklagt, dass die Jugend schlechte Manieren habe, Autoritäten verachte und es ihr an Respekt mangle: „Sie widersprechen ihren Eltern, schwätzen in der Gesellschaft [...] und tyrannisieren ihre Lehrer“ (Heinz 2003: 6). Bei der ‚Entdeckung‘ der eigenständigen Jugendphase im späten 19. Jahrhundert war der Begriff „Jugendlicher primär negativ besetzt und für die Auffälligen – Deserteure, Diebe, Gewalttäter usw. – reserviert. Mediale Thematisierungen und Kampagnen, in denen die Jugend konjunkturabhängig in Verbindung mit Delinquenz, Kriminalität, Drogen, Gewalt oder Rechtsextremismus „dämonisiert“ (Cremer-Schäfer 2001:16) wird, begleiten uns seit der Gründung der Bundesrepublik.

Ein erster Blick auf den öffentlichen Diskurs und die politischen Rhetorik, die diese Medienkampagnen seit den 1950ern begleitet und befeuert haben, deutet auf eine kontinuierliche Entwicklung bis heute hin: die Politik (re-)agierte öffentlich in der Regel mit Forderungen nach einem konsequenteren Umgang und härteren Strafen – nicht anders als im Eingangsbeispiel. Nichts Neues also?

Betrachtet man die Ebene jenseits der öffentlich-medialen Rhetorik, also die praktische Politik und den konkreten Umgang mit – auch gewalttätigen – Jugendlichen, dann zeichnet sich für die 1970er und 1980er Jahre ein anderes Bild ab: „In der öffentlichen Rhetorik wurde kriminalisiert, die institutionellen Reaktionen entpönlisierten und pädagogisierten sich dagegen“ (Cremer-Schäfer 2001: 16): Die geschlossene Einrichtungen wurden weitgehend abgeschafft, die Palette der außerstrafrechtlichen Reaktionen bzw. ‚weichen‘ Sanktionen im Strafrecht nahm deutlich zu. Die Jugendlichen wurden von den Experten, den Professionellen und auch den politisch Verantwortlichen eher als gefährdet thematisiert und waren eine Zielgruppe für Sorge

und Fürsorge und weniger für Strafe und Härte. Dieser janusköpfige Umgang mit (gewalttätigen) Jugendlichen –auf der einen Seite die Rhetorik des harten Durchgreifens und auf der anderen Seite die rationale Reaktion auf Basis wissenschaftlicher und fachlicher Erkenntnisse – ist seit Mitte der 1990er ins Wanken geraten.

Meist mit dem Argument der seit den späten 1980ern zunehmenden Jugendgewalt, wie sie sich in der Polizeilichen Kriminalstatistik abzeichnete, mischten sich Wissenschaftler und Fachleute verstärkt besorgt in die öffentlichen Diskurse ein. Nun thematisierten auch die Experten die Jugend und Jugendgewalt zunehmend als Problem, das mit mehr Konsequenz und Härte oder aber mit einer Verstärkung der zielgerichteten Prävention bearbeitet werden müsse. Nicht alle freilich, doch die zuvor relativ strikte Abgrenzung verschwamm. Die Jugend und insbesondere ihre Gewalttätigkeit wurden zum gesellschaftlichen Problem, zum Risiko erklärt.

Eine Vertreterin dieser Entwicklung, die Erfinderin der Jugendrechtshäuser, bringt den neuen Blick präzise auf den Punkt: „War Jugendkriminalität in der Überflussgesellschaft also eher ein subjektives Erziehungsproblem, in der es letztlich eine für die Gesellschaft unwichtige Glaubens- oder Geschmacksfrage war, ob man ethische Werte vermitteln sollte, so ist Jugendkriminalität in der zu erwartenden Mangelgesellschaft ein gesamtgesellschaftliches Existenzproblem geworden, das jeden angeht“ (von Hasseln 2000: 33). Jens Weidner, Professor für Soziale Arbeit in Hamburg, forderte eine zeitgemäße und realistische Alternative zu der unprofessionellen „freundlichen Weichspülerbehandlung, die die kritischen Tat- und Opferfragen ausklammert“ (Weidner 1997: 18). Das Bild von der Jugend, das von Sorge und Verständnis geprägt war, wurde langsam abgelöst durch das Bild der zerstörerischen und gefährlichen Jugend – fokussiert und festgemacht an der (angeblich) steigenden Jugendgewalt. Die meisten Akteure distanzieren sich dabei zwar von ‚harten‘ und repressiven Maßnahmen, fordern jedoch eine Neuorientierung im Umgang mit Jugendgewalt und bekräftigen damit das Problem. Frehsee (2000) pointiert diesen Perspektivwechsel kritisch: „Das, was als herkömmliche Jugendarbeit bislang um der Jugend selbst willen ohnehin geleistet wird und damit seinen Sinn bereits in sich trägt, wird nun dem Leitziel der Kriminalprävention unterworfen und zum ‚gemeinsamen Einsatz gegen Jugendkriminalität‘ umformuliert“.

Der Beitrag von Jugendpolitik, Jugendarbeit und Experten ist relativ neu und bedeutete eine gravierende Veränderung: die These der gefährlichen, gewalttätigen Jugend gewinnt zusätzliches Gewicht, wenn Politiker heute argumentieren können: „Seht ihr, jetzt hat es auch die Fachwelt erkannt.“ Die breite Beteiligung von Praktikern und Experten an den Debatten um die Gefährlichkeit der Jugend ist sogar notwendig, um dieses Problem wirksam auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit bringen zu können.

Die These vom Anstieg der Jugendgewalt – ein Blick auf die Zahlen

Diskurse existieren und verändern sich nicht im luftleeren Raum. Wer über Jugendgewalt und ihren Anstieg spricht oder schreibt, kommt nicht umhin, mit Zahlen und Daten zu argumentieren: mit den Polizeilichen Kriminalstatistiken (PKS), mit den Verurteilenzahlen (VBZ), mit Hell- und Dunkelfeldforschungen. Ich beziehe mich zunächst auf die akribischen Studien von Heinz (2003) und Spiess (2004) zu diesen unterschiedlichen Datenquellen.

Die in den Medien meist angeführten PKS weisen einen enormen quantitativen Anstieg der polizeilich als tatverdächtig registrierten Jugendlichen auf, stützen also zunächst die These vom Anstieg der Jugendgewalt. Allerdings findet man in jeder PKS auf den ersten Seiten den deutlichen Hinweis, dass deren Aussagekraft eingeschränkt ist, da der Polizei nur ein Teil der begangenen Straftaten bekannt wird – das so genannte Hellfeld. Der Umfang der nicht bekannten Straftaten – das Dunkelfeld – hänge dagegen von unterschiedlichen Faktoren ab: der Art des Deliktes, der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, der Intensität und Schwerpunktsetzung der Polizeiarbeit, Änderungen des Strafrechts sowie der statistischen Erfassung und zuletzt der ‚echten Kriminalitätsänderung‘. „Es kann daher nicht von einer feststehenden Relation zwischen begangenen und statistisch erfassten Straftaten ausgegangen werden“ heißt es in jeder PKS: gemessen werden nicht die strafbaren Handlungen, sondern die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden.

Die Faktoren der Anzeigebereitschaft und der – sich ebenfalls wandelnden – polizeilichen Einschätzung, was als Gewaltdelikt behandelt wird, die beide in die PKS einfließen, berücksichtigt Heinz durch den Vergleich der registrierten Tatverdächtigen mit den tatsächlich Verurteilten, die ebenfalls statistisch erfasst werden. Dieser Vergleich von registrierten Taten bzw. Tatverdächtigen (die TVBZ) und der Zahl der Verurteilungen (VBZ), also der von einem Gericht bestätigten Gewalttaten im strafrecht-

lichen Sinn, zeigt, dass ein immer geringerer Teil der Tatverdächtigen auch verurteilt wird. Der Anstieg in den PKS spiegelt sich also nicht in den Verurteilungen. Mit anderen Worten: die Polizei registriert insbesondere aufgrund der gestiegenen Anzeigebereitschaft immer mehr Taten und Täter, die von der Justiz nicht als Gewalttaten eingestuft werden oder nicht nachweisbar sind.

Die zweite in diesem Diskurs häufig vertretene These, dass die Gewalttaten von Jugendlichen immer schwerer und brutaler werden, ist aufgrund der Datenlage schwieriger zu bestätigen oder zu widerlegen. Die vorliegenden qualitativen Studien, etwa die Befragungen von Jugendlichen nach ihren Gewalterfahrungen, die bspw. in München und Hannover durchgeführt wurden, bestätigen die These von der Zunahme der Gewaltschwere jedoch nicht. Vielmehr verweisen sie auf eine deutliche Abnahme insbesondere von Gewalttaten Jugendlicher mit anschließender ambulanter oder stationärer Krankenhausbehandlung.

Diese beiden Befunde wurden jüngst durch Tilman Köllisch (2007) weiter fundiert, der als Kontrast zur PKS die Entwicklung der so genannten Raufunfälle an Schulen herangezogen hat, die in den Statistiken der Unfallversicherungen gut dokumentiert und erfasst sind. Auch er kommt zu dem Ergebnis, dass der Anstieg der polizeilich registrierten Jugendgewalt in hohem Maße auf eine veränderte Anzeigebereitschaft zurückzuführen ist, also auf die Aufhellung des Dunkelfeldes: Lehrer und Eltern zeigen Raufereien öfter an. Köllisch führt dies unter anderem auf die zunehmende Sensibilität gegenüber Gewalt zurück, die sicher auch mit den eingangs dargestellten Veränderungen der Diskurse zusammenhängt.

Verändert hat sich demnach nicht so sehr das Verhalten oder die Gefahr, die von den Jugendlichen ausgeht, sondern vor allem der Umgang damit. Auch wenn Daten immer unterschiedlich interpretiert werden können, weisen die Studien eindeutig darauf hin, dass das selbstverständlich vorhandene Phänomen Jugendgewalt weder quantitativ noch qualitativ in dem Ausmaß gestiegen ist, das die Diskurse suggerieren.

Diskurse und Daten – Wechselwirkungen und Beispiele

Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch der erste periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001, der sich insbesondere der Jugendkriminalität gewidmet hat. Dort haben sich die Experten aus Wissenschaft und Politik noch gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts gewandt. Auch sie führten die Steige-

rungen in der PKS u.a. auf die erhöhte Anzeigebereitschaft zurück und sahen die mediale Inszenierung schwerer Einzelfälle als Auslöser für solche Forderungen an – wie im aktuellen Eingangsbeispiel. Gleichzeitig spiegelt sich in diesem – zunächst entdramatisierend wirkenden – Bericht die bereits benannte Trendwende wider: auch hier wurde die Gewaltkriminalität von Jugendlichen als *das* Sorgenkind identifiziert, dem begegnet werden müsse. Zwar sprachen sich die Experten primär für die Ausweitung von Früherkennung und Gewaltprävention aus, und nehmen damit eine wenig populistische und straforientierte Position ein. Für die Thematisierung der Jugend und der Jugendgewalt bedeutet diese Diagnose jedoch unabhängig von den konkreten Folgerungen, dass Jugendgewalt ein zentrales gesellschaftliches Problem darstellt.

Damit schließt sich der Kreis zu den Diskursen und Thematisierungen von Jugend(-gewalt), die ebenso von den Daten beeinflusst werden, wie die Daten von den Diskursen: gerade der Aspekt der zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung für Jugendgewalt und die erhöhte Bereitschaft, Anzeige zu erstatten, die anhand der Zahlen deutlich wurde, produziert einen Verstärkerkreislauf, der besonders bedeutend erscheint. Zur Illustration dieses nicht nur deutschen Phänomens stelle ich die von dem schwedischen Kriminologen Nils Christie (2005) geschilderten idealtypischen Reaktionen von Schulleitern auf eine Pausenhofschlägerei vor 30-40 Jahren und heute nebeneinander, die die Ergebnisse von Köllisch plastisch werden lassen. Zuerst der ‚alte‘ Rektor: „Es besteht keine Notwendigkeit, ein Vergehen, das bereits begangen worden ist, der Polizei zu melden. Die Schulbehörde empfiehlt es nicht, in einer solchen Situation [...] Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Es ist besser, die Angelegenheit auf persönlicher Ebene in der Schule zu regeln, soweit dies möglich ist. Schließlich trägt die Schule eine große Verantwortung für die Schüler“. Demgegenüber der heutige Direktor: „Wenn etwas passiert, sollte es sofort gemeldet werden. Man sollte nicht erst entscheiden, ob es sich um ein Vergehen handelt oder nicht. Das ist Sache der Polizei“ (ebd.: 20).

Dieses Beispiel verdeutlicht die sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkungen von Medienberichterstattung, politischen Reaktionen und Kriminalstatistik eindrücklich und schließt an das Eingangsargument an: Wenn auch die Experten – Wissenschaftler, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter – Jugendgewalt als zunehmendes, massives Problem definieren und einen konsequenteren Umgang fordern, verändern sich auch die Institutionen, die mit den Jugendlichen befasst sind. Ein weiteres, ext-

remes, Beispiel aus dem Schulkontext hierzulande ist der Versuch in Berlin-Neukölln, die Schulen durch private Wachdienste beschützen zu lassen, um die Gewalt symbolkräftig und ebenfalls mindestens strukturell gewaltsam einzudämmen. Aber auch die zunehmende Salonfähigkeit von Trainingscamps und anderen Disziplinaranstalten sowie spezifisch auf Gewaltprävention fokussierter Projekte, die nicht mehr auf die Entwicklung und die Probleme der Jugendlichen zielen, sondern ausschließlich die Verhinderung oder das Abtrainieren von Gewalt und Aggression (also ganz spezifische Symptome) fokussieren, sind deutliche Anzeichen für diese Veränderung.

Der soziale und politische Kontext – Erklärungsansätze

Woher kommt diese Veränderung? Thomas Feltes hat einen Vortrag zu diesem Thema mit der Frage begonnen, warum Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft (wieder einmal) als Problem gesehen werden. Er betonte dabei, dass dies nicht daran liege, dass – inzwischen mehrere – Millionen Minderjährige in Armut leben, auch nicht, „weil es Straßenkindern und anderen auch emotional schlecht geht, sondern weil sie und andere uns Probleme machen, weil sie Gewalt in Wort und Tat praktizieren – glauben wir. Gewalttätige Kinder und Jugendliche füllen die Schlagzeilen. Danach, ob möglicherweise wir den Jugendlichen Probleme machen, fragt niemand“ (Feltes 2001).

Diese Aussage erscheint auch deshalb so zentral, weil der Vortrag vor den tragischen Fällen von Kindstötungen und -misshandlungen gehalten wurde, die angefangen mit Jessica in Hamburg bis hin zu Lea Sophie in Schwerin ebenfalls die Schlagzeilen füllen und einen anderen Diskurs entfacht haben – den der Misshandlung von kleinen Kindern. Die politischen, medialen und fachlichen Reaktionen weisen Parallelen zu den hier skizzierten Thematisierungen der Jugend(-gewalt) auf. Es geht auch hier primär um eine Ausweitung der Kontrollen und weniger um Hilfe.

Ich will diesen Vergleich nicht überstrapazieren, er dient primär der Illustration, dass Jugendgewalt auch anders gelesen und verstanden werden könnte – als Gewalt gegen Jugendliche. Darüber hinaus zeigt er Folgendes: Nicht nur bei gewalttätigen Jugendlichen, sondern auch bei gewalttätigen Eltern und anderen Abweichlern werden heute politische, mediale und fachliche Reaktionen hervorgerufen, die sich von den Reaktionen, die dieselben Phänomene in den 1970ern und 1980ern hervorgerufen haben, deutlich unterscheiden. Es geht insgesamt immer weniger um überforderte, arme oder sozial benachteiligte Eltern oder Jugendliche, denen geholfen werden

muss – möglichst durch die Abschaffung oder Eindämmung der sozialen Missstände. Stattdessen geht es verstärkt um die Selbstverantwortung oder die Schuld von Einzelnen oder Risikogruppen. Im Fokus stehen die Individuen, die verändert, trainiert, kontrolliert, bestraft oder eben weggeschlossen werden müssen.

Dieser Perspektivwechsel von den sozialen Ursachen zur Selbstverantwortung der Einzelnen gehört ebenso in den Kontext der Ablösung der wohlfahrtstaatlichen Idee durch den – die Individuen – aktivierenden Sozialstaats wie in den Kontext der so genannte Sicherheitsgesellschaft.

Zum einen wird das Leitziel dieses Umbaus – die Stärkung und Aktivierung der individuellen Eigenverantwortung der Bürger – mit der Bindung von Hilfe an Wohlverhalten sowie mit Zwang und Kontrolle verknüpft, die sich primär gegen so genannte Randgruppen richten (Arbeitslose, Migranten, (gewalttätige) Jugendliche usw.). Diese Wende zeigt sich am deutlichsten in den Hartz-Reformen und dem daraus resultierenden SGB II. In diesem wird auf „Anreize und Sanktionen“ (§§ 29-32) für die Arbeitslosen gesetzt, die Strafen für spezifische Regelverstöße sind dort verbindlich festgelegt – darunter erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Kürzung einer existenzsichernden Sozialleistung um 100%.

Zum anderen führen der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik und die Deregulierung der Wirtschaft zur Erosion sozialer Sicherheiten (Gesundheit, Altersversorgung, Bildung) und zum Zerfallen der Gewissheiten und Strukturen des Alltags (Arbeit, Familie, Nachbarschaft). Dies gilt zunehmend auch für diejenigen, die noch nicht zum Prekariat oder den Risikogruppen gehören. Diese materiellen und privaten Unsicherheiten führen angesichts der Polarisierung der Gesellschaft zu einer „kollektiven Mentalität der Unsicherheit“ (Bourdieu 1998: 97). Das den Alltag zunehmend dominierende Thema „Sicherheit“ wird immer stärker auf die Innere Sicherheit fokussiert. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht nehmen in Politik und Medien, in wissenschaftlichen Disziplinen und im Alltagsdiskurs einen immer breiteren Raum ein.

Soziale Fragen – etwa die Frage, wie wir mit den Provokationen und Konflikten der und mit der Jugend umgehen – werden dann zu Fragen der (inneren) Sicherheit, das Risiko zu einer zentralen Denkkategorie im Alltag.

Diese Veränderung geht einher mit einer – in den USA und Großbritannien noch klarer zu beobachtenden – Politik, die sich die Sicherheits- und vermeintlichen Strafbefürfnisse der Bevölkerung zu Nutze macht bzw. darauf reagiert, um die staatliche

Kompetenz angesichts der zunehmenden Unsicherheiten zu demonstrieren. Dazu gehören die Fokussierung der Inneren Sicherheit und die Kanalisierung der sozialen Unsicherheiten auf Problemgruppen und Phänomene, wie z.B. Jugendgewalt. Wacquant (2000) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Neubestimmung der Aufgaben des Staates [...], der sich überall aus der ökonomischen Arena zurückziehe und die Notwendigkeit betone, einerseits seine sozialpolitische Rolle zu reduzieren, andererseits seine Möglichkeiten strafrechtlicher Intervention durch eine Verschärfung der Strafmaßnahmen zu erweitern“ (ebd.: 8). Nach dem Rückzug des Staates aus Wirtschafts- und Sozialpolitik folgt demnach seine Wiederkehr als ordnender bzw. strafender Staat, dessen Hauptaufgabe darin bestehe, die öffentlichen Räume für die Bürger angenehmer zu gestalten.

Dies ist eine Erklärung dafür, dass die Jugend heute weniger als Hoffnungsträger gesehen wird, sondern meist als Risiko bzw. als gefährlich thematisiert wird. Die aktuelle Verstärkung dieses historisch immer wiederkehrenden und kulturell verankerten Diskurses durch die Experten ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag für die Nützlichkeit der Jugendgewalt als Politik-Ressource. Diese zunehmende Neuausrichtung der Fachwelt – der Wissenschaftler und Praktiker in Schule, Jugendarbeit und anderen Bereichen – trägt dazu bei, das Problem Jugendgewalt in seiner Dramatisierung auf der politischen Agenda zu halten – und es beeinflusst die Ausrichtung der Maßnahmen.

Wenn die Menschen Situationen als real definieren, so sind auch ihre Folgen real. Ausgehend von dem bekannten Thomas-Theorem geht es mir darum, das derzeitige Bild von der Jugend und der Jugendgewalt kritisch zu hinterfragen und auf die irrationale Verschiebung von Unsicherheiten auf ‚gefährliche Randgruppen‘ hinzuweisen. Dahinter steht das Plädoyer, die Jugendphase (frei nach C.W. Müller) wieder stärker als den passageren und lustvollen Durchgang zu neuen Ufern wahrzunehmen – bei allen Problemen und Konflikten, die die Jugend mit sich bringt.

Literatur:

Bourdieu, P. 1998: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz

Christie, N. 2005: Wieviel Kriminalität braucht die Gesellschaft? München

Cremer-Schäfer, H. 2001: Öffentliche Debatten über die ‚gefährliche und gefährdete Jugend. Überlegungen anlässlich eines (vorläufigen) Endes. In: Diskurs 3/2001, S. 15-20

Feltes, T. 2001: Gewalt und Sprache unter Jugendlichen. Vortrag auf dem 3. Brackenheimer Kinder- und Jugendpräventionstag (19. Mai 2001)

Frehsee, D. 2000: Gefahren und Nutzen von Prävention. Fragen an den Deutschen Präventionstag. In: DVJJ-Journal, Heft 1/2000

Heinz, W. 2003: Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. Aktualisierte Ausgabe Juli 2003. <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/Jugendkriminalitaet-2003-7-e.pdf>

Köllisch, T. 2007: Risikomanagement und selektive Punitivität als ‚Kriminalpolitik von unten‘. In: Kriminologisches Journal 4/2007, S. 243-259

Müller, C.W. 2004: Versozialarbeiterung autonomer Jugendarbeit. In: Jugendhilfe 42, S. 64-65

Spiess, G. 2004: Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde. <http://www.uni-konstanz.de/rtf/gs/G.Spiess-Jugendkriminalitaet.pdf>

von Hasseln, S. 2000: Das Jugendrechtshaus 2000. Orientierungsstätte für junge Menschen in der sozialen Stadt des 21. Jahrhunderts. Berlin

Wacquant, L. 2000: Elend hinter Gittern. Konstanz

Weidner, J. (Hg.) 1997: Gewalt im Griff. Neue Formen des Anti-Aggressivitäts-Trainings. Weinheim

Anschrift des Verfassers:

Tilman Lutz

Mail: tilman_lutz@web.de